

belpreisträger Reinhard Genzel. Die Vorträge, Interviews und zusammenfassende Beiträge der Versammlung stellt die GDNÄ im eigenen YouTube-Kanal ein (bit.ly/3LpCgln).

Die Nähe der GDNÄ zur DPG zeigt sich nicht nur räumlich – ihre Geschäftsstelle befindet sich in den Räumen des Physikzentrums Bad Honnef der DPG –, sondern auch in der Zeit. Die GDNÄ hatte 23 Jahre vor der Gründung der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin, aus der 1899 die DPG hervorging, auch eine wichtige Funktion für die Vernetzung der frühen Physik-Community. Schon bei den ersten GDNÄ-Tagungen hatten Physik und Chemie einen großen An-

teil; bei der Versammlung 1828 in Berlin gründete sich eine physikalisch-chemische Sektion, die im Rahmen der gemeinsamen Versammlungen ihre eigenen Sitzungen abhielt.

Bis 1928 tagte die DPG gemeinsam mit der GDNÄ. Als diese 1920 in Bad Nauheim beschloss, sich nur noch alle zwei Jahre zu treffen, entschied die DPG, in den versammlungsfreien Jahren mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Physik eine eigene Tagung abzuhalten. Daraus gingen die heutigen DPG-Jahrestagungen hervor. Zahlreiche Physiker und DPG-Präsidenten waren Vorsitzende bzw. Präsidenten der GDNÄ, darunter Max Planck, Wilhelm Wien, Heinz

Maier-Leibnitz, Reimar Lüst, Joachim Treusch, Harald Fritzsche und Ludwig Schultz. Joachim Treusch erhielt bei der Jubiläumsversammlung die Alexander-von-Humboldt-Medaille für besondere Verdienste für die GDNÄ.

„Die Festversammlung hat gezeigt, dass die GDNÄ gebraucht wird und ein Zukunftsmodell besitzt, das sie weiterentwickeln und ausbauen kann: für einen intensiven Dialog zwischen Disziplinen, für ein belebendes Schülerprogramm und für Wissenschaftskommunikation im besten Sinne!“, resümierte der amtierende GDNÄ-Präsident, der Mediziner Martin Lohse.

Alexander Pawlak

Vom Frieren beim Studieren

Die steigenden Strom- und Gaspreise zwingen die Universitäten zu Einsparungen. Der Präsenzbetrieb soll aber aufrecht erhalten bleiben.

Steigende Kosten für Strom und Gas treiben derzeit vielen die Sorgenfalten auf die Stirn. Auch die Universitäten bleiben bei dieser Entwicklung nicht außen vor und haben wie andere öffentliche Einrichtungen beschlossen, mit den kostbaren Ressourcen möglichst sparsam umzugehen. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und das Deutsche Studentenwerk (DSW) haben den Bund und die Länder nun gemeinsam dazu aufgerufen, die rund 2,9 Millionen Studierenden in Deutschland bei Maßnahmen gegen die steigenden Lebenshaltungskosten nicht zu vergessen.

Die Einmalzahlung von 200 Euro im Rahmen des dritten Entlastungspakets der Bundesregierung sieht DSW-Generalsekretär Matthias Anbuhl als wichtigen Baustein an, dem aber weitere Schritte folgen müssten. Um den Studierenden nach den Belastungen durch die Corona-Pandemie weitere existenzielle Sorgen zu nehmen, sei es notwendig, die BAföG-Sätze nochmals deutlich zu erhöhen und künftig an die Preisentwicklung zu koppeln: „Studienabbrüche aus Geldmangel kann sich unsere Gesellschaft nicht leisten.“ Die Bundesländer sieht er in der Pflicht, wenn es um die Finanzierung von Einrich-



Adobe Stock / pressmaster

tungen der Studentenwerke geht. Diese wollten die steigenden Kosten nicht eins zu eins weitergeben, sondern weiterhin günstiges Essen in den Mensen sowie bezahlbaren Wohnraum in den Wohnheimen anbieten.

HRK-Präsident Peter-André Alt stellte fest, dass die energiesparenden Maßnahmen an den Hochschulen den Forschungsbetrieb und die akademische Lehre nicht einschränken dürften. Insbesondere eine Rückkehr zu vollständiger Distanzlehre wegen geschlossener Gebäude sei unbedingt zu vermeiden. Vom Bund forderte er

ein Sonderprogramm, falls die Länder nicht allein in der Lage seien, die Preissteigerungen kurzfristig durch höhere Budgets für die Hochschulen auszugleichen.

Bleibt zu hoffen, dass Maßnahmen wie unbeheizte Gänge und Treppenhäuser ausreichen, um den Studierenden nach dem ersten halbwegs normalen Semester seit Beginn der Corona-Pandemie nicht erneut Einschränkungen beim Vorlesungsbetrieb zumuten zu müssen.

Kerstin Sonnabend